

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 17

Artikel: Hilft der Westen, eine Entscheidung zu vertagen, die Polens Arbeiter fordern
Autor: S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093923>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hilft der Westen,
eine Entscheidung zu vertagen,
die

Polens Arbeiter fordern

Polens Arbeiter stellen Partei und Regierung in Warschau, aber auch das Ausland, vor ein schweres Dilemma: Kann und soll Westeuropa einmal mehr aus der Patsche helfen, kann Moskau helfen oder soll es intervenieren? Vor allem: was sind die Folgen der einen oder andern – oder auch einer hinausgeschobenen Lösung? Die polnischen Ereignisse läuten ein schweres Krisenjahrzehnt ein. Die alte, von George Orwell schon 1948 aufgeworfene und von Amalrik übernommene Frage «1984» erhält eine merkwürdige und beklemmende Aktualität.

Ausgangslage Wirtschaftskrise

Die Erhöhung der Fleischpreise wirkte als Tropfen, der den Krug zum Überlaufen brachte. Der sinkende Lebensstandard und die schwindende Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage lösten wirtschaftliche Forderungen nach Lohnerhöhungen und Anpassung der Arbeitsnormen aus. Die Erholungszeit ist zwischen zusätzlichen Arbeitsverpflichtungen und verlängertem Schlangestehen aufgerieben worden.

Die missliche Wirtschaftslage ist systembedingte Folge der kommunistischen Planwirtschaft. Einmal mehr rächt sich der forcierte Aufbau einer Schwer- und Rüstungsindustrie, die gelegentliche Ausbeutung der Volkswirtschaften Osteuropas durch die Sowjetunion, die von Moskau diktierte Zwangshilfe an Vietnam, Afghanistan, Äthiopien, Kuba ... Und die überdimensionierte Bürokratie hat enorm viele Kräfte verschlissen.

Die Regierung ist sich der Lage durchaus bewusst. Aber sie kann sie nicht ändern, weil die Partei sonst die politische Kontrolle über die Wirtschaft opfern müsste und damit die Herrschaft verlöre. Das bedeutet im sowjetischen Bannkreis die Herausforderung einer Intervention, wie sie Ungarn 1956 und die Tschechoslowakei 1968 erlebt haben.

Somit ist der Hexenkreis der kommunistischen Planwirtschaft geschlossen. Nicht nur in Polen, dort jedoch am sichtbarsten. Der sinkende oder zögernd wachsende Lebensstandard und die belastenden staatlichen Kontrollen ersticken wichtige Initiativen und lähmen jegliche Produktivitätssteigerung.

Gewiss würde Polens Regierung die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter gerne erfüllen, schon allein um Druck abzulassen. Es fehlen ihr

indessen die Mittel. Diese wurden vertan in Prestigeprojekten und Überwachungen. Schon 1956, 1970 und 1976 befand sich der Staat in einer ähnlichen Lage.

Wenn die Lage auch ähnlich war, vergleichbar ist sie nicht. Denn damals konnte Polen Kredite im Ausland aufnehmen, um Erleichterungen zu schaffen. Jetzt erreicht die Auslandsverschuldung die runde Summe von 20 Milliarden Dollar. Der Schuldendienst beansprucht allein im laufenden Jahr 7,6 Milliarden Dollar oder 50 Prozent mehr als den Wert der polnischen Exporte in die OECD-Länder. Mithin ist Polens Kreditwürdigkeit ernstlich gefährdet.

Ferner ist auch zu bedenken, dass sich die Arbeiter heute viel weniger leicht mit Versprechungen abspesen lassen als 1956 oder auch noch 1976. Die Versprechen blieben damals leer und uneingelöst; warum sollen die Arbeiter heute mehr Glauben aufbringen?

Zumal ja das ökonomische Übel nicht an der planwirtschaftlichen Wurzel gefasst wird. Eben dieser Umstand ist verantwortlich dafür, dass die anfänglich bloss wirtschaftlichen in ausgesprochen politische Forderungen verlängert worden sind.

Wirkung im politischen Raum

Die politischen Anliegen der polnischen Arbeiter lassen sich in zwei fundamentalen Forderungen zusammenfassen: tatsächliche Pressefreiheit einerseits, echt unabhängige Gewerkschaften andererseits.

Die polnischen Arbeiter setzen sich unter ganz beträchtlichen persönlichen Risiken und Gefahren für etwas ein, das ihre Väter vor 50 Jahren im wesentlichen bereits besaßen. Der Rück-

schrift, den das kommunistische System beschert hat, wird so überaus schmerzlich bewusst.

Schlimmer noch ist die Tatsache, dass kein von Moskau abhängiges Regime solche Forderungen erfüllen kann – auch wenn es, wie Dubcek während des Prager Frühlings, dies ernstlich wollte. Pressefreiheit und freie Gewerkschaften würden das Machtmopol der Partei brechen und das Land aus dem Einfluss Moskaus lösen. Die Folge wäre eine sowjetische Invasion, solange die UdSSR über die dazu notwendigen Machtmittel verfügt und auch gewillt ist, sie einzusetzen. Das ist gegenwärtig und für einige Zeit noch zweifellos der Fall.

Wie stark sind die Arbeiter?

Dreimal haben sich Polens Arbeiter aus wirtschaftlicher Not gegen die Regierung erhoben: 1956, 1970 und 1976. Allemal waren sie praktisch allein auf sich gestellt. In Ungarn zum Beispiel hatten sich am 23. Oktober 1956 Arbeiter und Intellektuelle spontan vereinigt und die Ordnungskräfte rasch auf ihre Seite ziehen können. In der Tschechoslowakei hatte sich praktisch das ganze Volk hinter Dubcek gestellt. Warum der Unterschied zu Polen?

Dafür sind in erster Linie geopolitische und historische Gründe verantwortlich. Die Nähe zur ungeliebten Sowjetunion hat die Polen zu besonderer Vorsicht angehalten. Und das polnische Regime hat doch etwas weniger gegen das Volk verwaltet als andere Statthalter Moskaus. Auch haben besondere Privilegien die Intellektuellen abgehalten, sich mit allzu weitgehenden Forderungen zu identifizieren.

Bis zum 1. Oktober sind die Universitäten geschlossen, die Studenten im Lande zerstreut. Erst

dann wird es sich weisen, ob sie sich mit den Arbeitern solidarisieren. Wenn diese bis dahin durchhalten, sind die Aussichten gut, zumal die Privilegien der polnischen Intellektuellen — höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, längere Ferien — anfangs der siebziger Jahre aufgehoben worden sind.

Bleibt die Frage nach der Haltung von Polizei und Armee. Vieles hängt vom Verhalten der Arbeiter und der Regierung ab. Fehler auf der einen oder anderen Seite können entscheidend sein. Wenn die Regierung keinen Schiessbefehl erteilt, vielmehr versucht, die Vertreter politischer Forderungen als «unsoziale Elemente» von den Arbeitermassen zu isolieren und festnehmen zu lassen, dann werden die Ordnungskräfte wohl regierungstreu bleiben. Eine Unvorsichtigkeit, auch seitens der Sowjetunion, könnte diese Lage radikal verändern.



Importeur feiner Qualitätsweine

Versuchen Sie unsere feinen, bekömmlichen Südtiroler Weine:

Südtiroler Malvasier 1976
Fr. 6.30/Fl.

Südtiroler Bauernkretzer 1977
Fr. 6.—/Fl.

Südtiroler Lagrein dunkel 1976
Fr. 6.20/Fl.

Vins Hess Weine

Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

Freilich kann die Regierung die Lage bestenfalls entschärfen, mit sehr viel wirtschaftlichen Konzessionen und einigen politischen Versprechungen. Woher sollte die Regierung das Geld für Lohnerhöhungen nehmen? Sicher kann die Notepresse in Gang gesetzt werden; aber dann wird die Inflation angeheizt, wird einer noch schweren Krise gerufen. Bleibt die Bereitschaft, über tatsächlich freie Gewerkschaften zu verhandeln, eher noch als über die Aufhebung der Zensur. In einem kommunistischen Land können solche Organisationen immer noch kontrolliert sowie behindert, und Konzessionen langsam wieder abgebaut werden. Würde die Pressefreiheit gewährt, so wäre deren spätere Aufhebung weitherum sichtbar und nicht leicht zu tarnen. Aber auch damit ist die Krise nur verschoben und nicht aufgehoben.

Polen ist in einem erschreckenden Ausmass vom Ausland abhängig geworden. Entweder erhält es massive Wirtschaftshilfe, oder das Land wird besetzt.

Was kann die Sowjetunion tun?

Moskaus Flügel sind durch die eigene Wirtschaftskrise als Folge der ähnlichen Planwirtschaft, der militärischen Aufrüstung und der ehrsgeizigen Raumforschung gestutzt. Die Sowjetunion ist weltweit überengagiert: Afghanistan, Vietnam, Aethiopien, Kuba, Angola, Südjetmen greifen an die Reserven. Die Getreideankäufe haben eine zusätzliche Milliarde Dollar gekostet. Die Goldvorräte sind geschrumpft, und Verkäufe lohnen sich gegenwärtig nicht. Steigende Energiepreise belasten auch die osteuropäischen Volkswirtschaften. Und wenn die Sowjetunion adäquate Wirtschaftshilfe leistete, würden Forderungen in der Tschechoslowakei, der DDR, sogar in Bulgarien laut.

Anstelle der Wirtschaftshilfe könnte die Sowjetunion auch «freundschaftliche Militärhilfe» leisten und Polen besetzen. Aber nach den Afghanistan-Erfahrungen sind die Zeiten dazu nicht allzu günstig. Und die polnische Armee würde kämpfen.

Moskau hat in dieser Lage wenig andere Möglichkeiten, als Drohgesten zu bekunden. Nicht nur in Polen, und nicht nur mit Truppenverlegungen. All das mit dem Zweck, den Westen zu verängstigen und so zu einer Wirtschaftshilfe an Polen zu veranlassen. Die Aussichten dafür sind nicht schlecht. Besonders wenn die Sowjetunion anschliessend an die Verunsicherung des Westens eine erhöhte Verhandlungsbereitschaft bekundet. Zum Beispiel über Truppenabbau, Rüstungsbeschränkung, Entspannung. Aus Not und nicht aus Tugend, nämlich zur Entlastung der eigenen

Wirtschaft. Denn auch dort wird das Uebel der bürokratischen Planung nicht an der Wurzel gefasst.

Was mag der Westen tun?

Polen ist kaum mehr kreditwürdig. Es sind nur noch politische Kredite denkbar. Ein verunsicherter Westen wird sie — trotz wachsenden eigenen Wirtschaftsproblemen — um so leichter einräumen, als man nur zu gerne eine ruhige Gegenwart erkaufte. Auch wenn ein Wechsel auf die Zukunft gezogen wird, den man dann erst noch selber bezahlen muss.

In der Bundesrepublik stehen Wahlen an, desgleichen in den Vereinigten Staaten. Eine Sowjetinvasion in Polen würde diese Wahlkämpfe erheblich belasten und sogar beeinflussen. Kein Wunder, dass die BRD Polen soeben einen Kredit von 1,2 Milliarden DM gewährt und die USA über einen solchen von 300 bis 500 Millionen Dollar verhandeln.

Mit weiteren solchen Krediten könnte die polnische Krise gelindert werden. Gelöst wäre sie nicht; ein neuer Ausbruch in wenigen Jahren mit voraussichtlich noch schlimmeren Folgen wäre damit schon eingeplant.

Solche Kredite haben bloss noch die Funktion, die kommunistische Planwirtschaft mit westlicher Finanzierung am Leben zu erhalten. Im Klartext: sie stellen keine Hilfe an das polnische Volk dar; vielmehr festigen sie die Unterdrückung auch des polnischen Volkes. Der Westen muss sich überlegen, ob er mit den Regimes paktiert oder den Völkern hilft.

Die kommunistische Planwirtschaft ist jetzt sichtbar an die Schwelle gelangt, wo sie nur noch einen Schrecken ohne Ende oder ein Ende mit Schrecken zu verheissen vermag. Damit ist die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob der Westen weiterhin aus kurzfristigen und fragwürdigen Interessen den kommunistisch geführten Ländern der Zweiten Welt eine Wirtschaftshilfe gewähren will, die eigentlich der Dritten Welt gehört, die zudem den Aggressor mit hegemonialen Absichten stärkt und den Westen selbst schwächt.

Polens Arbeiter haben diese Frage in aller Schärfe aufgeworfen. Wir müssen es ihnen danken, weil die Frage heute leichter zu lösen ist als in fünf oder zehn Jahren. Damit ist nach Afghanistan die zweite der schweren Krisen ausgebrochen, die das neue Jahrzehnt aller Voraussicht nach charakterisieren werden. Niemand ist glücklich über diese Krise. Die Schuld liegt nicht am Westen. Schuldig wird er nur, wenn er Krisen zu verschieben hilft, die dann grössere Katastrophen bescheren.

Sr.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's